

Energie

Rat ö 05.04.2011

Sicherheit für Osnabrück – Abschalten (SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/FDP-Fraktion) (TOP 5 d)

Beratungsverlauf:

Herr Bajus begründet den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er macht deutlich, dass es bei der Antragstellung um die Sicherheit der Atomkraftwerke in Deutschland und insbesondere um die Sicherheit der Atomkraftwerke die um Osnabrück herum stehen, handele, und die er als nicht sicher bezeichnet. Daneben sei die Frage der Sicherheit der Atomtransporte nicht geklärt. Er kritisiert das derzeit geltende bundesweite Moratorium zur Überprüfung der Sicherheit der Atomnutzung und fordert demgegenüber eine Rückkehr zu der früheren gesetzlichen Grundlage für den Ausstieg aus der Atomenergie. Den Änderungsantrag der CDU-Fraktion bezeichnet er als Ausdruck großer Ratlosigkeit. Den von Herrn Cheesemann schriftlich vorliegenden Änderungsantrag weist er zurück.

Er kritisiert den Inhalt einer Rede, die Herr Dr. E. h. Brickwedde anlässlich einer Ausstellungseröffnung fünf Tage vor der Katastrophe in Japan gehalten habe, wo er die negativen Auswirkungen der Atomenergie auf die Besonderheiten der Vorkommnisse in Tschernobyl reduziert habe.

Zu dem schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion merkt er an, dass der Absatz 1 selbstverständlich mitgetragen werde, obwohl es bei der Antragstellung eigentlich nicht um die Solidarität zur japanischen Bevölkerung gehe.

Die Absätze 2 und 3 werden abgelehnt.

Er legt dar, dass der in Absatz 4 geforderte Umstieg auf die Nutzung des sogenannten Ökostromtarifes der Stadtwerke ebenfalls abgelehnt werde, da diese Möglichkeit für Privathaushalte geschaffen sei; in Anbetracht der bekannten Tauschvorgänge von Zertifikaten werde diese Nutzung für die Stadt Osnabrück abgelehnt.

Herr Dr. E. h. Brickwedde verweist zu dem von Herrn Bajus vorgetragenen Zitat aus seiner Rede darauf, dass er diese in seiner hauptamtlichen Funktion als Generalsekretär der Deutschen Bundesumweltstiftung anlässlich einer Ausstellungseröffnung zum Thema „25 Jahre nach Tschernobyl“ gehalten habe; er bittet darum, auf seinen vollständigen Beitrag Bezug zu nehmen. Er habe sich in dieser Rede kritisch mit der Nutzung von Kernenergie auseinandergesetzt und hierbei die Unterschiede der Besonderheiten der Atomkatastrophe in Tschernobyl erläutert; er habe nicht geäußert, dass die Nutzung von Atomenergie in der Bundesrepublik keine Risiken berge. Er verweist auf den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion (s. Anlage) und begründet insbesondere den Inhalt des Absatzes 4. Hierdurch solle festgeschrieben werden, dass die Stadt Osnabrück künftig den Anteil der Energien aus fossilen Energieträgern und aus Kernkraft zurückdrängt und die Mehrkosten für Energie aus 100 % erneuerbaren Quellen übernimmt. Hierdurch solle die Stadt ein Vorbild für ihre Bürger bieten. Er bedauert, dass bisher lediglich 450 von 90.000 Stadtwerkekunden den Ökotarif in Anspruch nehmen und appelliert an den Rat, wenigstens dem Inhalt des Absatzes 4 des Änderungsantrages zu folgen.

Herr Henning fordert namens der SPD-Fraktion in Anbetracht der bestehenden Risiken und unbeherrschbaren Auswirkungen aus der Atomenergie den sofortigen Ausstieg. Neben den bestehenden Risiken sei für ihn auch die ungeklärte Frage der Endlagerung von Atomrückständen die Begründung für diese Forderung. Er kritisiert, dass in der Ratssitzung im vergangenen September sowohl Herr Dr. E. h. Brickwedde als auch Frau Meyer zu Strohen die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke verteidigt hätten und erkennt an, dass die Mitglieder der FDP-Fraktion hierzu eine differenzierte Haltung eingenommen haben.

Er bedauert, dass der umfangreiche CDU-Änderungsantrag erst sehr kurzfristig vorgelegt wurde. Er spricht sich namens der SPD-Fraktion dafür aus, im Interesse der betroffenen Menschen den Punkt 1 zu beschließen. Die Inhalte der Absätze 2 und 3 werden demgegenüber abgelehnt. Die Forderung im Absatz 4 nach der Nutzung des Ökostromtarifes durch die Stadt Osnabrück bezeichnet er als Ausdruck einer Symbolpolitik; vielmehr sollte die Stadt

Osnabrück die hierfür zusätzlich erforderlichen Mittel für weitere Maßnahmen der energetischen Sanierung eigener Gebäude einsetzen.

Herr Cheeseman unterbreitet einen Änderungsantrag, der schriftlich vorliegt (siehe Anlage). Er fordert einen sofortigen Ausstieg aus der Atomnutzung und bezeichnet demgegenüber den Ursprungsantrag der Fraktionen von SPD, Grüne und FDP als zu schwach. Er verweist darauf, dass nach seinen Erkenntnissen das Gebiet der Stadt Osnabrück ca. vier Mal wöchentlich durch Atomtransporte berührt werde und fordert diese einzustellen. Zum schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion spricht er sich für die Annahme des Absatzes 4 aus.

Herr Dr. Thiele bittet namens der FDP-Fraktion um Zustimmung zu dem Ursprungsantrag. Er bedauert, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu kurzfristig vorgelegt wurde, um in seiner Komplexität umfassend bewertet werden zu können. Allerdings spricht er sich für die Annahme des Absatzes 1 aus und hält auch eine Zustimmung zu Absatz 4 für möglich. Die Inhalte der Absätze 2 und 3 bedürften der ausführlichen Diskussion im Hinblick auf die Frage der Sicherheit der bestehenden Atomkraftwerke.

Frau Graschtat verweist darauf, dass sie die Werbung der Stadtwerke für die Nutzung des Ökostromtarifes in der Hoffnung an alle Ratsmitglieder verteilt habe, dass diese sich mit dem Angebot auseinandersetzen, wie dies auch jeder einzelne Bürger der Stadt Osnabrück tun solle. Für die Stadt Osnabrück sieht sie den Umstieg auf den Ökostromtarif als nicht sinnvoll an, da die entsprechenden Mittel direkter und sinnvoller für energiesparende Investitionen eingesetzt werden können.

Herr Hagedorn verweist Herrn Cheeseman darauf, dass die Forderungen des von ihm kritisierten Antrages realistisch und umsetzbar seien. Er hebt hervor, dass das seinerzeitige rot-grüne Atomausstiegsgesetz mehrheitsfähig sein musste. Er zitiert den Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Strahlenschutz zur Frage der vertraglichen Verbesserung der Reaktorsicherheit durch die seinerzeitige rot-grüne Regierung und weist insofern den Beitrag von Herrn Dr. E.h. Brickwedde zurück. Er unterstützt den von Frau Graschtat vorgetragenen Appell an alle Ratsmitglieder aber auch an alle Osnabrücker Bürger, den Ökostromtarif der Stadtwerke verstärkt zu nutzen. Auch er sieht allerdings für die Stadt Osnabrück eher die Möglichkeit, durch eigene Investitionen unmittelbar in energetische Sanierungen zu investieren; beispielsweise für die Schulen bestehe ein Investitionsstau von 60.000.000,00 €. Er legt abschließend dar, dass keinesfalls die Nutzung des Ökostromtarifes der Stadtwerke generell abgelehnt werde.

Herr Mierke bezeichnet den Ursprungsantrag als zielführend. Bzgl. der Atomtransporte regt er an, den Antrag dahin abzuändern, dass Transporte durch die Region schnellstmöglich einzustellen seien. Er spricht sich für die Annahme der Absätze 1 und 4 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion aus.

Herr Dr. E. h. Brickwedde nimmt Bezug auf die Argumente der vorhergehenden Diskussion und argumentiert für die Annahme der Punkte 2 und 3 des Änderungsantrages. Er macht deutlich, dass die verstärkte Nutzung von Energie aus regenerativen Quellen einerseits eine größere Akzeptanz erfordere – andererseits werden hierfür auch große finanzielle Aufwendungen erforderlich.

Zum Absatz 4 des CDU-Änderungsantrages macht er deutlich, dass die Nutzung des Ökostromtarifes und eine Verstärkung der Bemühungen auf dem Gebiet der energetischen Gebäudesanierung keine Alternativen darstellen, die die andere Möglichkeit ausschließen. Er hebt nochmals die Vorbildfunktion der Stadt Osnabrück für ihre Bürger hervor.

Herr Dr. Baier nimmt für die Verwaltung zu Punkt 4 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion Stellung. Er stellt fest, dass die im Antragstext genannten 45.000,00 € zusätzliche Belastung für die Nutzung von Ökostrom zu überprüfen sei, da hier ein Tarif für Haushaltskunden zugrunde gelegt wurde. Die Stadt habe im vergangenen Jahr einen Stromliefervertrag für die Dauer von zwei Jahren zu einem sehr günstigen Tarif abgeschlossen. Bei einer Kündigung dieses Vertrages müsste in Anbetracht der derzeitigen Preiserhöhungen mit erheblichen Mehrkosten gerechnet werden. Er warnt hiervor. Er erinnert ferner daran, dass im vergangenen Jahr den Stadtwerken 10.000.000,00 € für Investitionen in regenerative Energien belassen wurden. Die Stadtwerke haben aufgrund dessen ein entsprechendes Programm für die Nutzung regenerativer Energien in den nächsten 20 bis 30 Jahren aufgelegt.

Er spricht sich dafür aus, das entsprechende Betätigungsfeld den Stadtwerken zu überlassen und Mehrkosten für den städtischen Haushalt zu vermeiden.

Herr Hagedorn beantragt im Hinblick auf die Ausführungen von Herrn Dr. Baier, den Punkt 4 des CDU-Änderungsantrages zunächst im zuständigen Ausschuss zu behandeln, um dort die erforderlichen Informationen von der Verwaltung zu erhalten.

Hierüber entsteht eine kurze kontroverse Aussprache.

Herr Ratsvorsitzender Thöle führt sodann die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag des Ratsmitgliedes Cheeseman wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

Der Rat der Stadt Osnabrück fordert die Bundesregierung auf, **aus der Nutzung der Atomenergie schnellstmöglich auszusteigen, um** die Gefahren, die für die Bevölkerung durch die Nutzung der Atomenergie ausgehen, zu minimieren. Dazu gehört das sofortige und dauerhafte abschalten **sämtlicher Atomkraftwerke sowie die Schließung anderer Atomanlagen wie der Brennelementefabrik in Lingen und der Urananreicherungsanlage in Gronau.** Atomtransporte durch die Region sind **entsprechend in Folge einzustellen.** **Dazu wird auf die Freie und Hansestadt Hamburg eingewirkt, die Atomtransporte über den Hamburger Hafen ebenfalls infolge einzustellen.** Die Bundestagsabgeordneten **sowie der deutsche Städtetag** werden gebeten, entsprechend tätig zu werden.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird mehrheitlich gegen eine Stimme **abgelehnt.**

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle einzelne Abstimmungen zu den Absätzen des CDU-Änderungsantrages wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

- 1.) Erdbeben und Tsunami haben in Japan unermessliches Leid hervorgerufen. 30.000 Tote und Vermisste sind die Folge der Naturkatastrophe in Japan. So sehr wir uns in Deutschland mit der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima wegen der Folgen für unser Land auseinandersetzen, sollten wir zunächst der Opfer der Naturkatastrophe gedenken. Der Rat der Stadt Osnabrück spricht den Angehörigen der Opfer sein Mitgefühl aus. Dies gilt in besonderer Weise den in Osnabrück lebenden Japanern, die um Angehörige trauern oder sich Sorgen um Freunde und Familienangehörige machen. Wir rufen die Osnabrücker auf, an den Benefizkonzerten für Japan teilzunehmen und für die Opfer in Japan zu spenden.
- 2.) Der Rat der Stadt Osnabrück begrüßt das von der Bundesregierung und von den Bundesländern veranlasste Moratorium. Es ist richtig, dass durch die Reaktorsicherheitskommission aufgrund der Erfahrung in Japan zusätzliche Prüfungen im Hinblick auf Erdbebensicherheit, Flugzeugabstürze und terroristische Anschläge durchgeführt werden. Angesichts zu erwartender sicherheitstechnischer Nachrüstungserfordernisse in Folge veränderter Sicherheitsannahmen kann davon ausgegangen werden, dass schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit die älteren Meiler nicht wieder ans Netz gehen werden. Deutschland kann so schnell aus der Kernenergie aussteigen, wie es uns gelingt Energie zu sparen, Energieeffizienz zu erhöhen und die Entwicklung der regenerativen Energien voranzutreiben. Zu begrüßen ist auch, dass innerhalb der EU verabredet wurde, alle Kernkraftwerke einem Stresstest zu unterziehen. Es macht keinen Sinn, dass die Georgsmarienhütte heute Kernenergie der EnBW und morgen Kernenergie aus Frankreich bezieht. Die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven deutschen Industrieunternehmen darf nicht gefährdet werden. Das gilt z. B. auch für ein Unternehmen wie KME in Osnabrück.
- 3.) Deutschland braucht einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess über die Energieversorgung unter Einbeziehung der Wirtschaft und der Gewerkschaften, der Kirchen und der Umweltverbände und im Ergebnis einen nationalen Energiekonsens, der nach Möglichkeit von allen demokratischen Parteien getragen werden sollte, damit wegen

der langfristigen Investitionen Sicherheit in der Energiewirtschaft und der Industrie besteht.

Innerhalb des gesellschaftlichen Diskurses muss es u. a. um folgende Fragen gehen:

- Wenn Deutschland bis 2050 zu 100 % Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen will (Sachverständigenrat für Umweltfragen), bedarf es vor allem eines massiven Ausbaus der Offshore-Windenergie. Auch die Stromgewinnung aus Solarenergie muss weiter ausgebaut werden. Da sowohl Wind als auch Sonnenenergie stark fluktuieren, bedarf es Stromspeicherkapazitäten z. B. in Pumpspeicherkraftwerken sowie des Aufbaus eines intelligenten Netzes (Smart Grid), das jederzeit flexibel auf Schwankungen von Angebot und Nachfrage reagieren kann. Flankierend zum Aufbau der erneuerbaren Energie ist also ein beschleunigter und hinreichend dimensionierter Netzausbau und –umbau erforderlich, um Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Zum Netzausbau gehört es, Stromtrassen von der Nordsee zu den Industriezentren im Westen und Süden Deutschlands zu errichten.
- Der Ausstieg aus der Kernenergie und der Einstieg in die Erneuerbaren bedarf der gesellschaftlichen Akzeptanz von Hochspannungsleitungen quer durch Deutschland. Diese ist zurzeit noch nicht hinreichend vorhanden. Im Oktober 2010 gab es an der niedersächsisch-hessischen Trasse an 300 Stellen der gesamten Strecke Veranstaltungen von Bürgerinitiativen, um gegen den Trassenverlauf zu demonstrieren. Das Raumordnungsverfahren gegen die seit 2007 geplante Freileitung verzeichnet bis heute 22.000 Einsprüche. Kommt es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung, ist mit einer Entscheidung über den Trassenverlauf vor 2015 nicht zu rechnen. Sind wir politisch bereit, ähnlich dem Bundesfernstraßenplan einen Bundesnetzplan für Hochspannungsleitungen zu verabschieden und damit verbindlich Trassen festzulegen und den Ausbau zu beschleunigen? Sind wir bereit, die jetzige Komplexität der Planungs- und Genehmigungsverfahren zu reduzieren? Der Sachverständigenrat für Umweltfragen schlägt hierzu in seinem aktuellen Gutachten vor, von einer dreistufigen zu einer zweistufigen Fachplanung zu kommen, um die Festlegung der Trassen zu beschleunigen. Sind die Stromkunden bereit, für Erdkabel als Alternative zu Hochspannungsleitungen höhere Strompreise zu bezahlen? Ist man bereit, die notwendigen Schneisen in der Landschaft für Erdkabel mit enormer Wärmesteigerung und Fragen nach der elektromagnetischen Verträglichkeit zu akzeptieren? Zu bedenken ist auch, dass der Schaden an einer überirdischen Leitung binnen weniger Stunden, Probleme an Erdkabeln aber in wesentlich längeren Zeiträumen reparabel ist. Freileitungen sind im Übrigen wegen der höheren Lebensdauer von bis zu 80 Jahren im Vorteil, da beim Wechsel von Frei- zu Erdkabeln Konverterstationen gebraucht werden, die teuer und störanfällig sind. Akzeptanz muss es auch für die Verlegung von Kabeln von Windkraftwerken durch das Wattenmeer oder von Deutschland nach Norwegen geben. Kommt der Windenergiestrom aus Norwegen zurück, muss aus Gleichstrom in einem Umspannwerk Wechselstrom für das deutsche Netz werden. Auch gegen solche geplanten Umspannwerke gibt es bereits entsprechende Initiativen und Proteste. Auch gegen Pumpspeicherkraftwerke, die im Süden Deutschlands geplant sind, gibt es Widerstand in der Bevölkerung. Das gleiche gilt auch für geothermische Kraftwerke.
- Neben der Photovoltaik in Deutschland brauchen wir große solarthermische Kraftwerke in Spanien und Nordafrika, um auch von dort einen Teil unseres Stroms der Zukunft zu beziehen. So entsteht zurzeit das größte Solarkraftwerk Europas in Südspanien. An ihm sind u. a. auch die Stadtwerke München beteiligt. Dieses Solarthermiekraftwerk Andasol3 ist zwei Millionen m² groß und kann 50.000 Haushalte mit Strom versorgen. Der Bau gilt als Testläufer für das Projekt Desertec, mit dem von 2050 an Wüstenstrom aus Nordafrika im großen Stil erzeugt werden soll. Im Rahmen der gesellschaftlichen Diskussion über die Energieversorgung der Zukunft brauchen wir auch einen Ausgleich der zentralen und der dezentralen Argumentation. Bisher prallen die Anhänger einer rein dezentralen Lösung mit denen großer Kraftwerke unversöhnlich aufeinander.
- Einen Ausgleich müssen wir auch zwischen Energieversorgung und Naturschutz herbeiführen. Wie viel regenerativen Strom aus Biogasanlagen verträgt das Land, ohne die Artenvielfalt durch zu viel monotone Maisäcker einzuschränken? Wie viel Windenergie

- in der Nord- und Ostsee ist mit dem Naturschutz verträglich und an welchen Standorten? (Siehe Stellungnahme des Bundesamtes für Naturschutz vom März 2011, wonach Windparks den Lebensraum bedrohter Arten gefährden.)
- Im Rahmen einer gesellschaftlichen Debatte über die Energieversorgung der Zukunft sollte auch über unseren Lebensstil diskutiert werden. Energieverschwendung ist Realität. Glaubwürdig wird ein Umstieg in der Energie nur, wenn wir z. B. Standby-Schaltungen vermeiden.
 - Diskutiert werden muss auch die Balance zwischen Ausstieg aus der Kernenergie und Klimaschutz. Wie viel zusätzliche Stromerzeugung aus fossilen Kraftwerken können wir uns in einer Übergangszeit leisten ohne unsere Klimaschutzziele zu vernachlässigen?
 - Wir brauchen auch eine europäische Diskussion über die Energieversorgung. Tatsache ist, dass außer Österreich und Dänemark alle unsere Nachbarn über Kernkraftwerke verfügen oder den Bau solcher planen. Auch nach den Ereignissen in Japan will die Türkei, Polen und die Niederlande neue Kernkraftwerke bauen und sind unsere westlichen Nachbarn Frankreich (78,4 %), Belgien (56,7 %) und die Schweiz (40,2 %) bei der Stromproduktion von Kernenergie abhängig.
- 4.) Osnabrück wird sich in den gesellschaftlichen Dialog über die Energieversorgung der Zukunft einbringen. Osnabrück muss aber auch konkret handeln. Der Rat der Stadt Osnabrück beschließt deshalb zum nächst möglichen Zeitpunkt die bisherige Stromversorgung seiner gesamten Einrichtungen auf erneuerbare Energien umzustellen. Bisher betrug der Anteil der fossilen Energieträger bei der Stromversorgung der Stadt Osnabrück 56,8 % und der der Kernkraft 15,9 %. 27,3 % des Stroms wurden durch erneuerbare Energien erzeugt. Die Stadt muss Vorbild sein. Auch wenn der Strom aus erneuerbaren Energien nach dem neuesten Tarif der Stadtwerke 0,24 ct/kwh teurer ist und das die Stadt Osnabrück im Jahr mit 45.000 € zunächst belasten wird, sollte die Stadt diesen Schritt gehen. Damit wird der Druck auf Energiesparen und Effizienzmaßnahmen innerhalb der städtischen Immobilien (s. Antrag Energieverbrauch der städtischen Gebäude senken) erhöht. Ziel muss es sein, durch höhere Effizienz und Energiesparen in den städtischen Immobilien die Mehrkosten für 100 % erneuerbare Energien mindestens zu kompensieren. Nur als Vorbild kann die Stadt erreichen, dass mehr Bürger als bisher bei den Stadtwerken Osnabrück Strom aus 100 % erneuerbaren Energien beziehen. Bisher sind dies lediglich 450 von 90.000. Der Rat der Stadt Osnabrück appelliert an die Bürger Osnabrücks, nicht nur einen Ausstieg zu fordern, sondern ihn auch persönlich vorzunehmen. Ziel muss es in den nächsten Jahren sein, durch größeren Einsatz der Erneuerbaren zu Preissenkungen zu kommen. Auf Dauer müssen die erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig sein.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird zu Ziff. 1 einstimmig **angenommen**.

Zu Ziff. 2 mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Zu Ziff. 3 mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und des Ratsmitgliedes Cheeseman **abgelehnt**.

Zu Ziff. 4 ist über den Antrag auf Verweisung in den Betriebsausschuss Immobilien- und Gebäudemanagement von Herrn Hagedorn abgestimmt worden. Dieser abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und der UWG-Fraktion **angenommen**.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den von Herrn Mierke mündlich abgeänderten Ursprungsantrag der Fraktion von SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

Der Rat der Stadt Osnabrück fordert die Bundesregierung auf, die Gefahren, die für die Bevölkerung durch die Nutzung der Atomenergie ausgehen, zu minimieren. Dazu gehört das sofortige und dauerhafte Abschalten der älteren Atomkraftwerke und die Verkürzung der Restlaufzeiten der anderen AKW's (u.a. das AKW Emsland) sowie die Durchsetzung von Sicherheitsstandards auf dem aktuellen Stand der Technik. Atomtransporte durch die Region

sind **schnellstmöglich einzustellen**. Die Bundestagsabgeordneten werden gebeten, entsprechend tätig zu werden.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen zwei Stimmen **abgelehnt**.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den Ursprungsantrag von SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion wie folgt herbei:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Osnabrück fordert die Bundesregierung auf, die Gefahren, die für die Bevölkerung durch die Nutzung der Atomenergie ausgehen, zu minimieren. Dazu gehört das sofortige und dauerhafte Abschalten der älteren Atomkraftwerke und die Verkürzung der Restlaufzeiten der anderen AKW's (u. a. das AKW Emsland) sowie die Durchsetzung von Sicherheitsstandards auf dem aktuellen Stand der Technik. Atomtransporte durch die Region sind auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren. Die Bundestagsabgeordneten werden gebeten, entsprechend tätig zu werden.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird mehrheitlich von den Mitgliedern der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der UWG-Fraktion und dem Oberbürgermeister gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und des Ratsmitgliedes Cheeseman **angenommen**.

Anlagen zur Ziffer 8 (TOP 5 d)) Niederschrift Rat öffentliche Sitzung, 05. April 2011

CDU-Fraktion

Osnabrück, 05. April 2011

A n t r a g

Betreff: Sicherheit für Osnabrück - Abschalten - Änderungsantrag - Tischvorlage

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart (NÖ/Ö)	TOP
Verwaltungsausschuss	05.04.2011	NÖ	8 d
Rat der Stadt Osnabrück	05.04.2011	Ö	5 d

Inhalt des Antrags:

- 1.) Erdbeben und Tsunami haben in Japan unermessliches Leid hervorgerufen. 30.000 Tote und Vermisste sind die Folge der Naturkatastrophe in Japan. So sehr wir uns in Deutschland mit der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima wegen der Folgen für unser Land auseinandersetzen, sollten wir zunächst der Opfer der Naturkatastrophe gedenken. Der Rat der Stadt Osnabrück spricht den Angehörigen der Opfer sein Mitgefühl aus. Dies gilt in besonderer Weise den in Osnabrück lebenden Japanern, die um Angehörige trauern oder sich Sorgen um Freunde und Familienangehörige machen. Wir rufen die Osnabrücker auf, an den Benefizkonzerten für Japan teilzunehmen und für die Opfer in Japan zu spenden.
- 2.) Der Rat der Stadt Osnabrück begrüßt das von der Bundesregierung und von den Bundesländern veranlasste Moratorium. Es ist richtig, dass durch die Reaktorsicherheitskommission aufgrund der Erfahrung in Japan zusätzliche Prüfungen im Hinblick auf Erdbebensicherheit, Flugzeugabstürze und terroristische Anschläge durchgeführt werden. Angesichts zu erwartender sicherheitstechnischer Nachrüstungsanforderungen in Folge veränderter Sicherheitsannahmen kann davon ausgegangen werden, dass schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit die älteren Meiler nicht wieder ans Netz gehen werden. Deutschland kann so schnell aus der Kernenergie aussteigen, wie es uns gelingt Energie zu sparen, Energieeffizienz zu erhöhen und die Entwicklung der regenerativen Energien voranzutreiben. Zu begrüßen ist auch, dass innerhalb der EU verabredet wurde, alle Kernkraftwerke einem Stresstest zu unterziehen. Es macht keinen Sinn, dass die Georgsmarienhütte heute Kernenergie der EnBW und morgen Kernenergie aus Frankreich bezieht. Die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven deutschen Industrieunternehmen darf nicht gefährdet werden. Das gilt z. B. auch für ein Unternehmen wie KME in Osnabrück.
- 3.) Deutschland braucht einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess über die Energieversorgung unter Einbeziehung der Wirtschaft und der Gewerkschaften, der Kirchen und der Umweltverbände und im Ergebnis einen nationalen Energiekonsens, der nach Möglichkeit von allen demokratischen Parteien getragen werden sollte, damit wegen der langfristigen Investitionen Sicherheit in der Energiewirtschaft und der Industrie besteht.

Innerhalb des gesellschaftlichen Diskurses muss es u. a. um folgende Fragen gehen:

- Wenn Deutschland bis 2050 zu 100 % Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen will (Sachverständigenrat für Umweltfragen) bedarf es vor allem eines massiven Ausbaus der Offshore-Windenergie. Auch die Stromgewinnung aus Solarenergie muss weiter ausgebaut werden. Da sowohl Wind als auch Sonnenenergie stark fluktuieren, bedarf es Stromspeicherkapazitäten z. B. in Pumpspeicherkraftwerken sowie des Aufbaus eines intelligenten Netzes (Smart Grid), das jederzeit flexibel auf Schwankungen von Angebot und Nachfrage reagieren kann. Flankierend zum Aufbau der erneuerbaren Energie ist also ein beschleunigter und hinreichend dimensionierter Netzausbau und –umbau erforderlich, um Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Zum Netzausbau gehört es, Stromtrassen von der Nordsee zu den Industriezentren im Westen und Süden Deutschlands zu errichten.
- Der Ausstieg aus der Kernenergie und der Einstieg in die Erneuerbaren bedarf der gesellschaftlichen Akzeptanz von Hochspannungsleitungen quer durch Deutschland. Diese ist zurzeit noch nicht hinreichend vorhanden. Im Oktober 2010 gab es an der niedersächsisch-hessischen Trasse an 300 Stellen der gesamten Strecke Veranstaltungen von Bürgerinitiativen, um gegen den Trassenverlauf zu demonstrieren. Das Raumordnungsverfahren gegen die seit 2007 geplante Freileitung verzeichnet bis heute 22.000 Einsprüche. Kommt es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung, ist mit einer Entscheidung über den Trassenverlauf vor 2015 nicht zu rechnen. Sind wir politisch bereit, ähnlich dem Bundesfernstraßenplan einen Bundesnetzplan für Hochspannungsleitungen zu verabschieden und damit verbindlich Trassen festzulegen und den Ausbau zu beschleunigen? Sind wir bereit, die jetzige Komplexität der Planungs- und Genehmigungsverfahren zu reduzieren? Der Sachverständigenrat für Umweltfragen schlägt hierzu in seinem aktuellen Gutachten vor, von einer dreistufigen zu einer zweistufigen Fachplanung zu kommen, um die Festlegung der Trassen zu beschleunigen. Sind die Stromkunden bereit, für Erdkabel als Alternative zu Hochspannungsleitungen höhere Strompreise zu bezahlen? Ist man bereit, die notwendigen Schneisen in der Landschaft für Erdkabel mit enormer Wärmesteigerung und Fragen nach der elektromagnetischen Verträglichkeit zu akzeptieren? Zu bedenken ist auch, dass der Schaden an einer überirdischen Leitung binnen weniger Stunden, Probleme an Erdkabeln aber in wesentlich längeren Zeiträumen reparabel ist. Freileitungen sind im Übrigen wegen der höheren Lebensdauer von bis zu 80 Jahren im Vorteil, da beim Wechsel von Frei- zu Erdkabeln Konverterstationen gebraucht werden, die teuer und störanfällig sind. Akzeptanz muss es auch für die Verlegung von Kabeln von Windkraftwerken durch das Wattenmeer oder von Deutschland nach Norwegen geben. Kommt der Windenergiestrom aus Norwegen zurück, muss aus Gleichstrom in einem Umspannwerk Wechselstrom für das deutsche Netz werden. Auch gegen solche geplanten Umspannwerke gibt es bereits entsprechende Initiativen und Proteste. Auch gegen Pumpspeicherkraftwerke, die im Süden Deutschlands geplant sind, gibt es Widerstand in der Bevölkerung. Das gleiche gilt auch für geothermische Kraftwerke.
- Neben der Photovoltaik in Deutschland brauchen wir große solarthermische Kraftwerke in Spanien und Nordafrika, um auch von dort einen Teil unseres Stroms der Zukunft zu beziehen. So entsteht zurzeit das größte Solarkraftwerk Europas in Südspanien. An ihm sind u. a. auch die Stadtwerke München beteiligt. Dieses Solarthermiekraftwerk Andasol3 ist zwei Millionen m² groß und kann 50.000 Haushalte mit Strom versorgen. Der Bau gilt als Testläufer für das Projekt Desertec, mit dem von 2050 an Wüstenstrom aus Nordafrika im großen Stil erzeugt werden soll. Im Rahmen der gesellschaftlichen Diskussion über die Energieversorgung der Zukunft brauchen wir auch einen Ausgleich der zentralen und der dezentralen Argumentation. Bislang prallen die Anhänger einer rein dezentralen Lösung mit denen großer Kraftwerke unversöhnlich aufeinander.
- Einen Ausgleich müssen wir auch zwischen Energieversorgung und Naturschutz herbeiführen. Wie viel regenerativen Strom aus Biogasanlagen verträgt das Land, ohne die Artenvielfalt durch zu viel monotone Maisäcker einzuschränken? Wie viel Wind-

energie in der Nord- und Ostsee ist mit dem Naturschutz verträglich und an welchen Standorten? (Siehe Stellungnahme des Bundesamtes für Naturschutz vom März 2011, wonach Windparks den Lebensraum bedrohter Arten gefährden.)

- Im Rahmen einer gesellschaftlichen Debatte über die Energieversorgung der Zukunft sollte auch über unseren Lebensstil diskutiert werden. Energieverschwendung ist Realität. Glaubwürdig wird ein Umstieg in der Energie nur, wenn wir z. B. Standby-Schaltungen vermeiden.
 - Diskutiert werden muss auch die Balance zwischen Ausstieg aus der Kernenergie und Klimaschutz. Wie viel zusätzliche Stromerzeugung aus fossilen Kraftwerken können wir uns in einer Übergangszeit leisten ohne unsere Klimaschutzziele zu vernachlässigen?
 - Wir brauchen auch eine europäische Diskussion über die Energieversorgung. Tatsache ist, dass außer Österreich und Dänemark alle unsere Nachbarn über Kernkraftwerke verfügen oder den Bau solcher planen. Auch nach den Ereignissen in Japan will die Türkei, Polen und die Niederlande neue Kernkraftwerke bauen und sind unsere westlichen Nachbarn Frankreich (78,4 %), Belgien (56,7 %) und die Schweiz (40,2%) bei der Stromproduktion von Kernenergie abhängig.
- 4.) Osnabrück wird sich in den gesellschaftlichen Dialog über die Energieversorgung der Zukunft einbringen. Osnabrück muss aber auch konkret handeln. Der Rat der Stadt Osnabrück beschließt deshalb zum nächst möglichen Zeitpunkt die bisherige Stromversorgung seiner gesamten Einrichtungen auf erneuerbare Energien umzustellen. Bisher betrug der Anteil der fossilen Energieträger bei der Stromversorgung der Stadt Osnabrück 56,8 % und der der Kernkraft 15,9 %. 27,3 % des Stroms wurden durch erneuerbare Energien erzeugt. Die Stadt muss Vorbild sein. Auch wenn der Strom aus erneuerbaren Energien nach dem neuesten Tarif der Stadtwerke 0,24 ct/kwh teurer ist und das die Stadt Osnabrück im Jahr mit 45.000 € zunächst belasten wird, sollte die Stadt diesen Schritt gehen. Damit wird der Druck auf Energiesparen und Effizienzmaßnahmen innerhalb der städtischen Immobilien (s. Antrag Energieverbrauch der städtischen Gebäude senken) erhöht. Ziel muss es sein, durch höhere Effizienz und Energiesparen in den städtischen Immobilien die Mehrkosten für 100 % erneuerbare Energien mindestens zu kompensieren. Nur als Vorbild kann die Stadt erreichen, dass mehr Bürger als bisher bei den Stadtwerken Osnabrück Strom aus 100 % erneuerbaren Energien beziehen. Bisher sind dies lediglich 450 von 90.000. Der Rat der Stadt Osnabrück appelliert an die Bürger Osnabrücks, nicht nur einen Ausstieg zu fordern, sondern ihn auch persönlich vorzunehmen. Ziel muss es in den nächsten Jahren sein, durch größeren Einsatz der Erneuerbaren zu Preissenkungen zu kommen. Auf Dauer müssen die erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig sein.

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
Fraktionsvorsitzender



Osnabrücker LINKE

WählerInnengemeinschaft

Christopher Cheeseman
Mitglied im Rat der Stadt Osnabrück

05.04.2011

Änderungsantrag - Tischvorlage

Beratungsfolge:

Rat	05.04.11	Ö	05d
-----	----------	---	-----

Sicherheit für Osnabrück - Abschalten

Der Rat der Stadt Osnabrück fordert die Bundesregierung auf, **aus der Nutzung der Atomenergie schnellstmöglich auszusteigen**, um die Gefahren, die für die Bevölkerung durch die Nutzung der Atomenergie ausgehen, zu minimieren. Dazu gehört das sofortige und dauerhafte Abschalten **sämtlicher Atomkraftwerke sowie die Schließung anderer Atomanlagen wie der Brennelementefabrik in Lingen und der Urananreicherungsanlage in Gronau**. Atomtransporte durch die Region sind **entsprechend in Folge einzustellen**. Dazu wird auf die Freie und Hansestadt Hamburg eingewirkt, die **Atomtransporte über den Hamburger Hafen ebenfalls in Folge einzustellen**. Die Bundestagsabgeordneten sowie der **Deutsche Städtetag** werden gebeten, entsprechend tätig zu werden.

Begründung:

erfolgt mündlich

gez. Christopher Cheeseman

DIE LINKE BO Stadt Osnabrück * Johannisstraße 12 * 49074 Osnabrück *
0541/75049676 * chebatz@web.de